

Novartis: Deutlichere Signale der Politik notwendig

Utl.: Staatliche Wirtschaftskommission für 7. Februar einberufen =

Wien (GPA-DJP/ÖGB) - Die von der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) im Zusammenhang mit der geplanten Schließung des Wiener Forschungsstandortes von Novartis angerufene staatliche Wirtschaftskommission wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft für den 7. Februar 2008 einberufen. "Wir erwarten uns von Seiten der Politik klare Signale für den Erhalt der hochwertigen Arbeitsplätze in Wien. Bislang liegt kein nachvollziehbarer betriebswirtschaftlicher Grund vor, der die Schließung des Forschungsstandortes rechtfertigen würde", erklärt der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-DJP, Karl Proyer.

Die staatliche Wirtschaftskommission, die von den gesetzlichen Interessenvertretungen Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer beschickt wird, kann Gutachten in Auftrag geben, welche die Notwendigkeit von bestimmten wirtschaftlichen Maßnahmen untersuchen. "Wir erwarten uns vom zuständigen Minister eine entschlossene Unterstützung. Für die betroffenen Beschäftigten wäre es sicher hilfreich, wenn von Seiten der politisch Verantwortlichen auf Bundes- und lokaler Ebene mehr und eindeutige Signale für den Erhalt dieses so wichtigen Forschungsstandortes kommen", so Proyer.

Zu der zuletzt von Novartis-Österreich geäußerten Kritik am Verhalten der GPA-DJP sagt Proyer: "Ich kann schon verstehen, dass manche Botschaften in der Öffentlichkeit für die Verantwortlichen nicht angenehm waren. Worin die angeblich kommunizierten Halbwahrheiten bestehen, konnte bislang keiner der Novartis-Verantwortlichen erklären. Dass die geplante Schließung primär mit Aktionärsinteressen in Zusammenhang steht, wurde vom amerikanischen Novartis-Management sogar kürzlich bestätigt. Uns geht es um die Interessen der von der Schließung betroffenen Beschäftigten und ihrer Familien, die Wahrnehmungen des Präsidenten des Forschungs-Institutes Fishman, der offenbar die Verantwortung für den Verlust von hunderten Arbeitsplätzen in Wien trägt, interessiert uns hingegen relativ wenig" In der GPA-DJP habe man nach wie vor Interesse an konstruktiven Gesprächen mit dem österreichischen Management, hieß es abschließend.

Eine von der GPA-DJP im Dezember initiierte Unterstützungsaktion im Internet (www.gpa-djp.at) wurde inzwischen bereits von mehr als 5.600 Personen unterzeichnet und wird weitergeführt.

ÖGB, 25. Jänner 2008

Nr. 31

Rückfragehinweis:

~

GPA-DJP

Mag. Martin Panholzer

Tel.: 05 0301-21511

Mobil: 05 0301-61511

E-Mail: martin.panholzer@gpa-djp.at

<http://www.gpa-djp.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0185 2008-01-25/13:10

251310 Jän 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080125_OTS0185